

## Dialog - mit wem und worüber?

Die Frage, ob und mit wem ein breiter, sogenannter 'nationaler Dialog' über die Zukunft des Landes geführt werden soll, wie das die Regierung Portillo vorschlägt, hat in den vergangenen Tagen die Leitartikel und Kolumnen der guatemaltesischen Tageszeitungen und Presseagenturen gefüllt. Dass es einen Dialog braucht, um aus der aktuellen, politisch verfahrenen Situation herauszukommen, darüber sind sich alle einig. Während Gustavo Porras (u.a. ehemaliges Mitglied der Begleitkommission der Friedensabkommen, Privatsekretär und enger Berater von Ex-Präsident Alvaro Arzu) sich für einen Dialog unter den oppositionellen Kräften stark macht, will Héctor Salvatierra vom *Institut für politische, ökonomische und soziale Studien* (IPES) erst einmal konkrete Beweise der Regierung sehen, dass es ihr mit dem Aufruf zum nationalen Dialog ernst ist. Und während der Politologe Enrique Alvarez in Erzbischof Rodolfo Quezada Toruño quasi den „Retter der Nation“ sieht, glaubt die Bischofskonferenz nicht daran, dass unter den gegebenen Umständen ein Dialog erfolgreich sein kann, und ist nicht bereit, einen Mediator zu stellen - womit das Thema auch bereits wieder aus der Presse verschwand, bzw. von den Meldungen im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer verdrängt wurde. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass der nationale Dialog nur ins Spiel gebracht wurde, um die Diskussion von der Mehrwertsteuer abzulenken, bis deren Erhöhung vom Kongress verabschiedet war.

Die Frage, wie Guatemala aus der wirtschaftlichen Misere und den sozialen Problemen herauskommen soll, ist damit nicht gelöst und wird durch die Reaktionen der Bevölkerung auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch an Brisanz gewinnen. Die Einberufung eines nationalen Dialogs ist eine Möglichkeit. Die Einschätzungen über Erfolgchancen eines nationalen Dialogs sind unterschiedlich bis gespalten. Wir drucken an dieser Stelle die vier erwähnten Positionen ab, um einen Eindruck über diese aktuelle Diskussion zu vermitteln.

### Dialog unter Ausschluss der Regierung Siglo XXI, Gustavo Porras Castejón

Die Zeit eilt, die Situation im Land verschlechtert sich täglich und wir zögern immer noch, wirklich in die Opposition zu gehen, was unter den gegebenen Umständen nur eines heißen würde: Den Wechsel der Regierung vorzubereiten, die politische Niederlage der aktuellen (Nicht-)Regierung bei den nächsten Wahlen in die Wege zu leiten und gleichzeitig eine Koalition aufzubauen, in der diejenigen Kräfte vereint sind, die uns aus dem Verderben ziehen können, in das uns die FRG geritten hat. Alles andere bedeutet, Zeit zu verlieren, bedeutet die Verzettelung der spärlichen Kräfte, bedeutet die Nahrung falscher Hoffnungen - bedeutet, das Spiel der Regierung mitzuspielen.

Zu sagen, dass der Dialog immer und unter allen Umständen positiv ist, bedeutet in der aktuellen Situation, Wasser auf die Mühlen der Regierung zu leiten, deren einziges Ziel es ist, die Gemüter zu beruhigen und Zeit zu gewinnen. Worüber soll man mit dieser Regierung noch einen Dialog führen? Wenn ihre Sorge tatsächlich die Reaktivierung der Wirtschaft ist, welchen Sinn hat ein Dialog, in dem das wichtigste Thema ausgeklammert ist, nämlich die Steuerreform? Ist es tatsächlich ein unerklärbares Mysterium, wie mit der Krise umgegangen werden muss? Ist es eigentlich offensichtlich, aber die Regierung will und kann es nicht?

Aber man soll nicht das Unmögliche verlangen... Die Regierung benutzt ihre Macht, um sich zu bereichern und nicht, um irgend jemandem zu helfen. Ihr Ziel ist es, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Als erstes zerstörten sie den Staatsapparat, setzten alle professionellen Leute auf die Stras-

se, um ihre Stellen mit ihren eigenen Kumpeln zu besetzen. Doch am schlimmsten sind sie selber: unfähig und korrupt.

Auch wenn es paradox erscheinen mag, kann unsere mafiöse Regierung mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten rechnen. Deren militärische Vorherrschaft erlaubt ihnen die Durchsetzung einer draufgängerischen Wirtschaftspolitik, mit der sie Hampelmänner-Staatsefs begünstigen, die bereit sind, sich ihren Zielen unterzuordnen, auch wenn sie damit ihre Länder in den Ruin treiben. Es geht längst nicht mehr darum, unsere Länder vor dem Kommunismus zu 'schützen' - eine Allianz mit den Vereinigten Staaten kann für uns nur ein Rückschritt bedeuten.

Die Hoffnung der vermeintlichen Opposition auf einen Staatsstreich ist ein gefährlicher Traum. Eine wirkliche Opposition muss es als eine Tatsache anerkennen, dass sich die Situation des Landes einzig mit den Wahlen 2003 verändern kann. Und darauf muss sie alle ihre Kräfte setzen!

Auch wenn es vielleicht schwierig ist, zu akzeptieren, wissen wir alle, dass an den Präsidentschaftswahlen nur die politischen Parteien teilnehmen können. Was für einen Sinn macht in diesem Zusammenhang die systematische Kampagne der Medien gegen alles und alle, was 'politisch' anmutet? Was nützt es, ein ums andere Mal zu wiederholen, dass es in unserem Land an Leadern fehlt? Was ist der konstruktive Beitrag derjenigen, die eine Mauer errichten zwischen der sogenannten Zivilgesellschaft und den PolitikerInnen? Wobei mit 'PolitikerInnen' diejenigen gemeint sind, die sich effektiv politisch engagieren und exponieren und nicht diejenigen, die den Stein werfen

und die Hand verstecken.

Wenn wir uns weiterhin um die Felle streiten bevor das Wild geschossen ist, wenn wir die Streitereien, die Vetterwirtschaft und den Egoismus weiterhin über die nationalen Interessen stellen, geben wir der aktuellen Regierung die Chance, unter dem selben Namen oder versteckt hinter einer Maskerade, ihre Macht eine weitere Regierungsperiode auszuüben und dann - viel Glück!

Deshalb müssen wir unbedingt einen Dialog führen, jedoch unter Ausschluss der Regierung. Wir müssen einen Dialog führen, dessen Ziel es ist, eine gemeinsame Strategie für die Zukunft unseres Landes zu entwickeln. Wir müssen auch die Bereitschaft zeigen, denjenigen Kandidaten zu unterstützen, der am meisten Chance auf einen Wahlerfolg hat.

Ansonsten ist uns die Niederlage gewiss. Auch wenn es jemandem gelingt, auf eigene Faust zu gewinnen, ohne die Unterstützung einer breiten Allianz, wird er keine Chance haben. Ein Gewerkschafter aus Uruguay sagte mir kürzlich: Wenn es so weitergeht wie bisher, wird der Sieger der Wahlen 2003 in Guatemala zum grossen Verlierer werden. Ausser, würde ich hinzufügen, es gewinnen wieder sie selbst wie letztes Mal.

### Welch babylonische Verwirrung!

Héctor Salvatierra (IPES)

Es sieht nicht danach aus, dass der nationale Dialog Realität werden würde. Im Gegenteil, die Polarisierung und der Konfrontationskurs, den die FRG und Präsident Portillo fahren, verwirren die Situation. Trotz der vielen Worte, die über das Thema verloren werden, scheint es, dass alle Beteiligten eine andere Sprache sprechen und sich gegenseitig nicht verstehen.

So wurde der ursprüngliche Vorschlag der Vereinten Nationen, einen nationalen Dialog einzuberufen, völlig verwässert und die FRG mit ihrem Protagonismus und ihrer Dominanz, bestimmt das Szenario.

Gestern haben die FRG-Abgeordneten im Kongress die umstrittene Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen. Gleichzeitig prangerten die PAN-Abgeordneten den „hohen Grad an Korruption innerhalb der Regierung“ an. Der Generalsekretär der PAN, Leonel López Rodas, zählte detailliert auf, wer und um wie viel sich aus der Staatskasse bereicherte.

Auf der anderen Seite forderte Jorge Briz, Präsident der guatemalteckischen Handelskammer, Präsident Portillo zu einer inhaltlichen Debatte heraus. Dies, nachdem Portillo auf einer Arbeitsreise

in Totonicapán seine Komödiantenrolle (die manchmal ins tragikomische abdriftet) weiterspielte und erklärte, er setze sein Leben aufs Spiel, um seine Ziele zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter erstaunlich, dass der neu eingesetzte Erzbischof, Rodolfo Quezada Toruño, sich nicht sehr enthusiastisch darüber zeigt, als eine seiner ersten Amtshandlungen den noch nicht weiter definierten nationalen Dialog zu moderieren. Verständlich, denn das Verhalten der Regierung zeugt nicht von Ernsthaftigkeit, Vertauen und Verantwortung.

Dank seiner Rolle, die Quezada Toruño während den Friedensverhandlungen innehatte, wurde er vorgeschlagen, um die Zivilgesellschaft und die Regierung an den Verhandlungstisch zu bringen. Dieser Vorschlag hat in weiten Kreisen grosse Hoffnungen auf einen erfolgreichen Dialog geweckt. Das Problem ist jedoch, dass Portillo zuerst die wichtigen Entscheidungen treffen will, um erst danach mit der organisierten Bevölkerung zu verhandeln.

Portillo, General Ríos Montt und deren jeweiligen Gefolgsleute wechseln sich ab in der Rolle, sich an einem Tag flexibel zu zeigen und am nächsten unachgiebig. Die FRG schafft es ein ums andere Mal, mit ihrer Mehrheit im Kongress ihre Interessen durchzusetzen und hat es nicht nötig, sich andere Meinungen anzuhören.

Solange sich die Türen nicht öffnen für eine Diskussion, werden nur der Präsident und seine Partei einen Konsens suchen, während die Unternehmer den Streik ausrufen, die Industriellen damit drohen, ihre Position zu verhärten, die Volksorganisationen auf der Strasse demonstrieren, die Leader der Dachorganisationen nach Transparenz rufen und die Presse Korruptionsfälle auf Regierungsebene aufdeckt...Die Umgebung beweist, dass sich die Regierung irrt - doch diese ändert ihren Kurs nicht.

### Die Chancen eines nationalen Dialogs

Enrique Alvarez (IPES)

Einer der positiven Nebeneffekte der aktuellen Krise, in die uns Präsident Portillo und die FRG gestürzt haben, sind die zahlreichen Spielräume, die sich für die Zivilgesellschaft geöffnet haben. Diskutiert wird darüber, wie wir aus der ausweglos scheinenden politischen und ökonomischen Krise herauskommen können. Diese zivilgesellschaftliche Beteiligung wird von der Regierung jedoch weder erkannt noch anerkannt.

Die Tatsache, dass es diese Spielräume gibt und sie genutzt werden, zeigt

auf der einen Seite das Interesse und die Verantwortung der verschiedenen Sektoren der nationalen Problematik gegenüber. Es deckt aber auch die Verzettlung und den Mangel an Artikulationsmöglichkeiten auf, die das soziale Gefüge Guatemalas charakterisieren.

Es gibt Versuche, diese verschiedenen Spielräume zu einem gemeinsamen zusammen zu schliessen. Dies ist ein schwieriges Unterfangen, angesichts der historisch unterschiedlichen Rollen, die einzelne AkteurInnen gespielt haben. Zweifellos würde aber eine solche Einheit eine viel grössere Stärke und Macht bedeuten, als in der Aktualität vorhanden.

Der Vorschlag des UNO-Abgeordneten Iqbal Riza, durch einen nationalen Dialog eine konstruktive und zivilisierte Lösung für die Krise zu finden und somit den Friedensabkommen neue Gültigkeit zu verleihen, muss von allen Sektoren ernst genommen und als dringend und vorrangig behandelt werden.

Uns allen sind die Einschränkungen der Regierung bekannt, zu einem solchen Dialog aufzurufen: Ihre Mobilisierungschancen sind gleich Null und niemand glaubt mehr daran, dass die Regierung umsetzt, was sie verspricht. Aber unabhängig davon, wer zu einem Dialog aufruft, muss die Regierung beweisen, dass es ihr ernst ist, speziell in der Umsetzung unilateraler Versprechen. Unilaterale Versprechen in einem positiven Sinn, um die Bedingungen zu schaffen, die einen solchen Dialog überhaupt erst ermöglichen.

Auf den ersten Blick ist klar, dass die ideale Person, um einen derartigen Dialog einzuberufen und zu moderieren, Erzbischof Rodolfo Quezada Toruño ist. Dies hat er bewiesen beim nationalen Dialog, einberufen von der nationalen Versöhnungskommission Ende der achtziger Jahre, als Schlichter bei den Friedensverhandlungen und als Vorsitzender der *Vereinigung der Zivilgesellschaft* (ASC), die einen wichtigen Beitrag bei der inhaltlichen Gestaltung der Friedensabkommen leistete. Eine andere Person, die die Eigenschaften Quezada Toruños auf sich vereint, wird nicht so schnell zu finden sein.

Ein mögliches Hindernis könnte sein, dass es innerhalb der Bischofskonferenz, so wie sie heute zusammengesetzt ist, Opposition gegen eine Beteiligung Quezada Toruños als Moderator am nationalen Dialog geben könnte. Auch wird die katholische Kirche zu Recht auf gewissen Grundbedingungen bestehen, die dem Dialog eine reelle Erfolgchance garantieren. Alles andere wäre ein Kräfte- und Imageverlust, den sich die Kirche nicht leisten kann und will.

Problematisch ist auch die Rolle von MINUGUA, deren Kompetenz mit der Einberufung eines nationalen Dialogs weit überschritten würde. Bereits heute wird die Mission eines falschen Nationalismus bezichtigt, ein Argument, das von den zwar wenigen, aber sehr gefährlichen, wirtschaftlich starken Feinden des Friedensprozesses sofort ins Feld geführt würde, falls die internationale Gemeinschaft zum nationalen Dialog aufrufen würde. Sicher wäre es sehr wertvoll, wenn MINUGUA ihre technischen Möglichkeiten für die Durchführung und Begleitung eines solchen Prozesses zur Verfügung stellen würde.

Zweifellos braucht es einige Anstrengungen aller Beteiligten, um klare Regeln zu erarbeiten und Mechanismen und Umsetzungsmassnahmen festzulegen. Im Moment ist Quezada Toruño der Wunschkandidat, und falls seine Beteiligung nicht möglich ist, wird es viel Erfindungsgeist und Kreativität brauchen, damit eine andere Instanz erfolgreich zu einem nationalen Dialog aufrufen kann.

### Stellungnahme der Bischofkonferenz zum nationalen Dialog

Die Bischofskonferenz hat anlässlich ihrer Sitzung vom 25. Juli die Anfrage des Vizepräsidenten Francisco Reyes bezüglich der Teilnahme als Moderator eines ihrer Mitglieder an einem möglichen nationalen Dialog geprüft.

Die Konferenz hat die Meinung verschiedener Sektoren eingeholt und unter Berücksichtigung der sozialen Si-

tuation, in der sich unser Land befindet, die Möglichkeiten (oder auch nicht) eines nationalen Dialogs geprüft, an dem die Zivilgesellschaft und die Regierung teilnehmen sollen. Nach einer ausführlichen Reflexion sind die Bischöfe zu folgenden Schlüssen gekommen:

Der Dialog ist die einzig richtige Form um Probleme nationalen Ausmasses innerhalb einer demokratischen Gesellschaft zu lösen. Ein solcher Dialog kann aber nur erfolgreich sein, wenn die Einhaltung der abgemachten Übereinkünfte garantiert werden kann.

Die Bischöfe kamen zum Schluss, dass diese Voraussetzungen für einen fruchtbaren Dialog im Moment nicht garantiert sind und sieht deshalb auch keinerlei Chance für eine erfolgreiche Mediation.

Selbstverständlich ist die katholische Kirche und ihre Bischöfe immer bereit, im Rahmen ihrer Mission zur Lösung der nationalen Probleme beizutragen, die auch uns beschäftigen.

Es ist unerlässlich, dass die Re-

gierung die Klagen der Bevölkerung ernstnimmt. Als erstes muss sie beweisen, dass es ihr ernst ist mit der Transparenz im Umgang mit den öffentlichen Finanzen. Zweitens muss die Regierung den von der Bevölkerung geforderten Plan zur Führung der öffentlichen Geschäfte vorlegen und auch einhalten.

Und drittens muss sie das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit wiederherstellen, und der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit sowie eine Zukunftsperspektive geben.

Die Bevölkerung, speziell die organisierte Zivilgesellschaft, bitten wir, eine bestimmte, aber gewaltlose Position beizubehalten, die auf den demokratischen und verfassungsrechtlichen Grundsätzen unseres Landes beruhen. Sie soll unter Achtung der politischen Spielräume und Regeln, auf eine verantwortungsvolle und partizipative Weise im Sinne der nationalen Interessen handeln. Wir bitten Gott dafür, dass er uns die Weisheit und die Kraft gibt, mit Vertrauen in die Zukunft zu gehen.

## Freie Bahn für Ríos Montt

**Guatemala, 26. Juli.** Mit Ausnahme der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) unterstützten die im Kongress vertretenen Parteien die Änderung des Wahl- und Parteiengesetzes. Dessen umstrittenster Punkt war, dass es General Efraín Ríos Montt ermöglicht wird, an den nächsten Wahlen als Präsidentschaftskandidat anzutreten. Dies war ihm unter der aktuellen Gesetzgebung verboten, hatte er doch 1982 einen Staatsstreich angeführt.

Weitere Änderungen betreffen die Entschädigungen der Parteien für die erhaltenen Stimmen, begrenzen die Ausgaben für die Wahlkampagne und regelt die Stimmabgabe:

Neu sollen die Parteien 2 US-\$ (anstatt wie bisher 2 Quetzales) pro erhaltener WählerInnenstimme erhalten, vorausgesetzt, sie erzielen mindestens 5% der abgegebenen Stimmen.

Weiter sollen die Ausgaben der Parteien für ihre Wahlkampagne nicht mehr als 30 Millionen Quetzales (rund 4 Millionen US-\$) betragen. Bisher gab es diesbezüglich keine Regelung.

Um Manipulation der WählerInnen auszuschliessen, ist es in Zukunft die Aufgabe des obersten Wahlgerichts, (TSE) für den Transport der WählerInnen an die Urnen zu sorgen. Dies wurde, vor allem in ländlichen Gegenden, bisher oft von den Parteien übernommen, die sich somit die Stimmen dieser WählerInnen sicherten. Um die Transportfrage zu erleichtern, wird dem TSE

auferlegt, in Gemeinden mit mehr als 500 eingeschriebenen WählerInnen, Wahlurnen aufzustellen.

Das oberste Wahlgericht selber ist nicht glücklich über das neue Gesetz. Laut dessen Vorsitzenden, Mario Guerra Roldán, ist der Paragraph, der Ríos Montt eine Präsidentschaftskandidatur erlaubt, eine Verletzung der Verfassung. Für den Transport der WählerInnen am Wahltag sowie für das Aufstellen zusätzlicher Urnen fehle dem TSE die finanziellen Mittel sowie die Infrastruktur. Das neue Gesetz regle nicht die Erhöhung ihres Budgets, beklagte sich Guerra Roldán. Am meisten stört es ihn aber, dass im Kongress die vom TSE angemeldeten Bedenken und ihre entsprechenden Alternativvorschläge nicht berücksichtigt wurden.

Ebenfalls übergangen fühlen sich die in der *Instanz für politische Gleichberechtigung* zusammengeschlossenen Frauenorganisationen. Auch sie reichten Gesetzesänderungsvorschläge ein, die dem notorischen Ausschluss der Frauen aus der Politik entgegenwirken sollten wie z.B. eine Quotenregelung. Die Frauen würden mehr als die Hälfte der Nation ausmachen, weshalb sie auch angemessen in den Entscheidungspositionen vertreten sein sollten, argumentierte die Instanz.

Bevor das neue Wahl- und Parteiengesetz in Kraft tritt, muss es vom Verfassungsgericht auf seine Gültigkeit überprüft werden.

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

## Grossdemonstrationen gegen Mehrwertsteuererhöhung

**Guatemala, 3. Aug.** Am Donnerstag, 26. Juli nahm die FRG-Mehrheit im Kongress das lang diskutierte Steuerpaket an, dessen umstrittenster Punkt die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10 auf 12% war. Unterstützt wurde sie bei ihrem unpopulären Entscheid von der *Christdemokratischen Partei* (DCG) und der *Demokratischen Union* (UD), während die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) und die *Allianz Neue Nation* (ANN) dagegen stimmten und den Beizug des Verfassungsgerichtes forderten.

### Letzte Versuche auf legaler Ebene

Damit unterstützten die PAN und die ANN eine Beschwerde des *Zentrums für die Verteidigung der Verfassung* (CEDECON) beim Verfassungsgericht, der die Gültigkeit sämtlicher vom Kongress seit dem 4. Mai verabschiedeten Gesetze und Erlasse anfechtet. Begründet wird die Beschwerde damit, dass gegen 21 FRG-Abgeordnete und zwei PAN-Abgeordnete immer noch gerichtliche Verfahren wegen Gesetzesfälschung laufen. Die Tatsache, dass sich die Abgeordneten durch Kautions von einer Untersuchungshaft freigekauft hatten, dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie eigentlich von ihrem Amt hätten suspendiert werden müssen.

Einen weiteren Rekurs reichten verschiedene Volksorganisationen ein, die sich ebenfalls auf das Grundgesetz beziehen, in dessen Artikel 243 es heisst: "Wer mehr besitzt, soll mehr bezahlen". In Guatemala würden 80% der Bevölkerung in Armut leben und sie seien es, die in erster Linie die Konsequenzen einer Mehrwertsteuererhöhung zu tragen hätten, argumentierte die Gewerkschaftsvertreterin Florencia Castañeda.

Für das Verfassungsgericht werden die Entscheide über diese beiden Rekurse zu einer Prüfung seiner Neutralität und seines unabhängigen Arbeitens.

### Erste Proteste

Während der ganzen Woche fanden auf der Strasse Protestkundgebungen gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer statt. Die grösste dieser Demonstrationen war auf den 1. August angesetzt, dem Tag, an dem die Mehrwertsteuererhöhung in Kraft trat.

Breite Teile der Bevölkerung, darunter StudentInnen, GewerkschafterInnen, HändlerInnen und UnternehmerInnen, Kongressabgeordnete und PolitikerInnen nahmen an den Protesten teil. Die Zahlen der DemonstrationsteilnehmerInnen variieren je nach Quelle zwischen 25'000 und 50'000. Die guatemal-

tekische Handelskammer und der UnternehmerInnenverband CACIF riefen zu einem Boykott auf, dem die HändlerInnen landesweit nachkamen: Ein Grossteil der Geschäfte blieb geschlossen und auch der Schulunterricht wurde für den Rest der Woche suspendiert.

Entsprechend der unterschiedlichen sozialen Schichten, die an den Demonstrationen teilnahmen, und obwohl sie alle "im Namen der Bevölkerung" demonstrierten, waren die Parolen und Forderungen sehr divergierend: Während die Volksorganisationen vor allem die Unpopularität der Massnahme und einen Rückschritt in der Diskussion um die Steuerpolitik kritisierten, lehnten sich UnternehmerInnenkreise vielmehr gegen die Abschaffung ihrer Privilegien auf und darüber, dass Steuerhinterziehung schärfer bestraft werden soll. Von diversen AnalytikerInnen wird dem CACIF unterstellt, nur deshalb so vehement gegen die Mehrwertsteuererhöhung zu protestieren, um damit andere, für sie noch unvorteilhaftere, Steuermassnahmen zu verhindern. "Am Schluss werden sie sich mit der Regierung einigen, denn auch die UnternehmerInnen profitieren von der Erhöhung, fliesst doch ein Teil davon in ihre eigenen Taschen", kritisierte Nery Villatoro in einer Kolumne der Zeitung Siglo XXI.

Die Proteste gegen die Mehrwertsteuer beschränkten sich nicht nur auf die Hauptstadt, fast in allen Departements kam es im Verlauf der Woche zu Protesten.

### Genuesische Zustände

Wie von den OrganisatorInnen befürchtet, kam es zu gewalttätigen Übergriffen seitens der Polizei gegen die Demonstrierenden. Landesweit waren rund 16'000 Polizeiangehörige im Einsatz, unterstützt von Spezialeinheiten und dem Militär. Die OrganisatorInnen kritisierten, dass sich viele Zivilpolizisten unter die Demonstrierenden gemischt hatten, um Verhaftungen vorzunehmen. Insgesamt wurden rund 250 Personen verhaftet, es kam zu Verletzungen und Tränengasvergiftungen. In Asunción Mita, Jutiapa, erschossen Polizisten einen Demonstranten.

Zu schweren Zwischenfällen kam es auch in Sololá, Cobán und Totonicapán. Die Reaktion der Polizei: Hartes, gewalttätiges Vorgehen, das verschiedentlich als "an frühere Zeiten erinnernd" kritisiert wurde.

In Totonicapán setzten die Demonstrierenden die Gebäude der Finanzverwaltung, des Sozialfonds und eines kommerziellen Radios in Brand. Die Reakti-

on Präsident Portillos darauf war die Ausrufung des *estado de sitio*, was soviel bedeutet wie "auf Kriegsfuss stehen" und, ebenso wie der nach dem Ausbruch von 87 Häftlingen ausgerufene *estado de alarma*, eine Form des Ausnahmezustandes ist, nur dass damit noch ein paar Grundrechte mehr ausser Kraft gesetzt werden. Während dem *estado de sitio* gilt der Präsident in seiner Qualität als Oberster Befehlshaber der Armee als die höchste Autorität. Zwar fehlte der FRG im Kongress die nötigen Abgeordnetenstimmen, um den Ausnahmezustand zu ratifizieren und es ist ein Rechtsstreit darüber ausgebrochen, ob er nun gilt oder nicht. Derweil die Panzer bereits im Zentrum von Totonicapán stationiert sind...

Trotzdem hielten sich weiterhin rund 1000 Personen im Stadtkern von 'Toto' auf und es hiess, aus den umliegenden Gemeinden kämen unterstützende Demonstrationen Richtung Zentrum. Die Menschenrechtsbeauftragte der Region, Sonia Arreaga, bezeichnete die Ausrufung des *estado de sitio* und die Entscheidung eines Militärkontingents als gravierende Verletzung der Menschenrechte und der Friedensabkommen. Die guatemalteckische Gesellschaft befände sich in einer Übergangssituation und es sei nicht angebracht, mit Repression auf die Proteste der Bevölkerung zu reagieren, meinte Arreaga.

Portillo selber gibt sich in der ganzen Sache unbeugsam. In einer Fernsehansprache vom 2. August gab er bekannt, er sei nicht bereit, auch nur einen Schritt von seiner Position abzuweichen. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer erfülle er die Friedensabkommen und den Willen des Volkes.

### Politische Nebengeräusche

Diverse Sektoren verlangen den Rücktritt des Präsidenten. Einer, der Portillo am meisten attackiert, ist der Präsident der Handelskammer, Jorge Briz. Bereits vor einer Woche forderte er Alfonso Portillo zu einer verbalen Debatte heraus, die dieser jedoch ablehnte mit der Begründung, Briz habe politische Ambitionen und solle doch mit anderen zukünftigen Präsidentschaftskandidaten debattieren. Der relativ erfolgreiche, landesweite Streik kann durchaus als Spiegel der Popularität von Briz innerhalb der Bevölkerung gewertet werden. Und die Frage, ob es sich bei Briz' Engagement nicht vielmehr um eine Wahl-Vorkampagne als um die Sorge um die arme Bevölkerung geht, stellt der Kolumnist Gustavo Berganza in der Zeitung *El Periódico* sicher zu recht.

## Protest gegen Militärkaserne

**Chimaltenango, 26. Juli.** Rund 700 Personen, darunter SchülerInnen und ihre Eltern sowie LehrerInnen der Schule Pedro Molina in Chimaltenango unternahmen einen zweitägigen Protestmarsch in die Hauptstadt. Sie gaben damit ihrer Forderung nach der sofortigen Schliessung der Militärkaserne 302 in Chimaltenango Ausdruck, die einen Teil ihrer Infrastruktur auf dem Gelände der Schule installiert hat.

Schuldirektor Abraham Coloma kritisiert die Haltung Präsident Portillos, der das Militär begünstigt, z.B. mit der Erhöhung seines Budgets. Dies widerspreche gänzlich den Friedensabkommen, in denen es heisst, das Militär soll personell und infrastrukturell reduziert werden und die ehemaligen Kasernen sollen zu Schulen und Freizeitzentren umfunktioniert werden,

führte Coloma aus. Weiter bedeute die Anwesenheit des Militärs in unmittelbarer Nähe der Schule eine Bedrohung sowohl der SchülerInnen wie auch des Lehrpersonals. Ein Grossteil der SchülerInnen seinen indigener Abstammung und komme aus Gemeinden, die stark unter der Repression des Militärs gelitten habe. Viele der SchülerInnen würden über Nacht dort bleiben und fühlten sich durch die Anwesenheit der Soldaten bedroht.

Der Kampf der Schule gegen die Kaserne begann bereits während der Regierungszeit von Präsident Vinicio Cerezo, der sogar eine Übereinkunft über den Rückzug vom Schulgelände unterschrieb, ein Abkommen, das jedoch nie eingelöst wurde.

Die zweitägige Karawane erreichte am Mittwoch, 25. Juli die Hauptstadt und wurde auf ihrem letzten

Stück von Mitgliedern der StudentInnenvereinigung AEU begleitet. Auch Menschenrechtsombudsmann Julio Arango Escobar schloss sich der Kundgebung an und bot sich als Mediator in dem Konflikt an.

Die Verhandlungen mit Vertretern der Regierung verliefen bisher erfolglos. Den Vorschlag von Verteidigungsminister Eduardo Arévalo Lacs, Mechanismen zu suchen "um ein harmonisches Zusammenleben der SchülerInnen und Soldaten zu garantieren", bezeichnete Schuldirektor Coloma als lächerlich. Der Verteidigungsminister habe noch nicht begriffen, dass der Krieg zu Ende sei und dass man sich in einer Übergangsphase befinde, in der es darum gehe, die zivilen Kräfte zu stärken und nicht darauf, diese weiterhin zu unterdrücken, erklärte Coloma.

## Mordversuch gegen Kläger im Fall Ríos Montt...

**Guatemala, 27. Juli.** Die Menschenrechtsorganisation CALDH informierte über einen Mordversuch gegen Anselmo Roldán Aguilar aus Cuarto Pueblo, Playa Grande Ixcán. Roldán Aguilar ist Präsident der *Vereinigung für die Verteidigung der Menschenrechte in der Region Ixcán* (ADDHAI) und Präsident der *Vereinigung Justiz und Versöhnung* (AJR). In der AJR sind die Opfer und Familienangehörigen vereint, die vor einem Jahr eine Klage wegen Völkermord gegen Romeo Lucas García und im letzten Juni eine gegen Efraín Ríos Montt einreichten. Weiter ist Roldán Aguilar Augenzeuge des 1982, während der Regierungszeit Lucas García, verübten Massakers in Cuarto Pueblo.

Roldán Aguilar wurde am 22. Juli von Santiago Emilio Lorenzo Pérez mit

einem Rasiermesser angegriffen. Er wehrte sich, wurde jedoch am linken Arm schwer verletzt. Als ihm sein Sohn zu Hilfe eilte, konnte sich der Angreifer in ein nahe gelegenes Haus flüchten und, während sich die Aufmerksamkeit auf den ohnmächtigen Roldán Aguilar konzentrierte, das Weite suchen. Es wurde Anzeige eingereicht beim Friedensrichter in Playa Grande, bei der Staatsanwaltschaft in Cobán und bei MINUGUA. Ein Haftbefehl wurde bisher nicht ausgestellt, im Gegenteil, es hiess, der Richter wolle die Anklageschrift von 'schwerer' zu 'leichter' Körperverletzung ändern.

Bereits 1999 wurde eine Anzeige gegen Lorenzo Pérez eingereicht, nachdem er ins Haus einer nordamerikanischen Anwältin eindrang, die damals für CALDH arbeitete. Eine

Verhaftung fand nie statt, da Lorenzo Pérez nach Mexiko flüchtete.

Vor drei Monaten tauchte er wieder in Cuarto Pueblo auf und begann mit seinen Morddrohungen gegen Anselmo Roldán Aguilar. In dieser Zeit fand auch ein Anschlag auf das Denkmal des Massakers in Cuarto Pueblo statt.

Am 30. Juni dieses Jahres, dem Tag der Armee, lud die ADDHAI zu einer Versammlung in Cuarto Pueblo ein, um über die gegen General Ríos Montt eingereichte Anklage zu informieren. Nebst der Dorfbewölkerung waren auch Angehörige des armeefreundlichen *Komitee der Freundschaft*, sowie die lokale Presse anwesend. Das *Komitee der Freundschaft* bedrohte schon mehrmals die Mitglieder der beiden Menschenrechtsorganisationen ADDHAI und AJR.

## ...und andere Menschenrechtsverletzungen

**Guatemala, 4. Aug.** Zum wiederholten Mal erhielt die Direktorin der Nachrichtenagentur CERIGUA telefonische Morddrohungen. Wie bereits vor einem Jahr handelte es sich um eine männliche Stimme, die obszöne Drohungen aussprach, zuerst gegen das Personal gerichtet und dann explizit gegen die Direktorin von CERIGUA, Ileana Alamilla.

Alamilla erklärte, sie lasse sich von den Drohungen nicht einschüchtern,

im Gegenteil, sie würden ihr Engagement und ihre Unterstützung für den Kampf der sozialen Organisationen verstärken.

Bestätigt wurde unterdessen die Abreise ins Exil des zuständigen Staatsanwaltes im Fall Gerardi, Leopoldo Zeissig. Nach Henry Monroy und Celvin Galindo ist Zeissig der dritte Staatsanwalt, der den Fall wegen Drohungen gegen ihn und seine Familie abgibt. Als sein Nachfolger wurde

Mario Leal ernannt. Die Meldung, die im selben Fall tätige Richterin Yasmín Barrios sei ebenfalls ins Exil gegangen, wurde von ihr selber widerrufen. Sie sei zwar für eine Woche nach Spanien gereist, doch sei dies eine private Reise gewesen. Sie schliesst jedoch die Annahme eines Stipendiums im Ausland nicht aus, falls die Drohungen gegen sie und die weiteren mit dem Fall Gerardi beauftragten RichterInnen weitergehen.

## Nach Trockenzeit droht der Hunger

**Guatemala, 2. Aug.** Die Dürrezeit in den Monaten Juni und Juli hatte die Zerstörung der Bohneraussaat zur Folge. LandwirtschaftsexpertInnen sprechen von einem Verlust von 80 - 90% der für August erwarteten Bohnerernte, die rund 1'320'000 Quintales hätte betragen sollen. (Pro Jahr wird zweimal geerntet, einmal im August und einmal im November.) Umgerechnet in Geld bedeutet die schlechte Ernte ein Verlust von etwas mehr als zwei Millionen US-\$. Davon betroffen sind etwa 20'000 Familien, deren Ernte verloren ging, aber auch der Rest der Bevölkerung, da die Preise für Bohnen ins immense ansteigen werden.

Das Landwirtschaftsministerium sieht die Sache etwas anders. In einer gemeinsam mit dem Welternährungsprogramm (WFO) erhobenen Studie informierte es über einen Ernteverlust von rund 5%. Dies sind 47'000 Hektar Mais, Bohnen und Reis im Wert von

rund 19 Millionen US-\$. Um den von der Dürre betroffenen BäuerInnen zu helfen, sei die WFO zur Abgabe von 2'800 Tonnen Nahrungsmittel bereit, womit rund 12'700 Familien unterstützt werden könnten. Das Landwirtschaftsministerium informierte, dass die Nahrungsmittel nicht einfach verschenkt würden, sondern in einem "Essen gegen Arbeit" betitelten Programm abgegeben würden.

Guatemala habe vor, einen Teil seiner Getreideernte in die von der Dürre stärker betroffenen Nachbarländer zu exportieren, deshalb schliesse das Ministerium auch den Import von zusätzlichem Getreide nicht aus, hiess es. Die Panikmache der BäuerInnen bezüglich der schlechten Bohnerernte sei völlig übertrieben und habe zum Ziel, die Bohnenpreise ansteigen zu lassen, erklärte ein Sprecher des Ministeriums. Landwirtschaftsminister Jorge Escoto sei überzeugt, dass die diesjährige Trocken-

zeit keinen Einfluss auf die Ernte hätte, informierte sein Ministerium.

Laut WFO sind von der Trockenzeit der letzten Monate rund 470'000 Personen in Nicaragua und 185'000 Personen in Honduras betroffen.

Die guatemaltekeische Landwirtschaftskammer und die GetreideproduzentInnen (CONAGRAB) sehen einem möglichen Getreideimport mit Sorge entgegen und fordern das Landwirtschaftsministerium auf, an ihre Situation zu denken, bevor es sich zu einem solchen Schritt entscheide. Sie befürchten, dass billiges Getreide eingekauft wird und sie mit ihren Produkten nicht mehr konkurrieren können. Mit der Unterzeichnung der Freihandelsabkommen droht ihnen diese Entwicklung früher oder später unweigerlich: Auf Mais würden bereits heute schon nur sehr geringe bis gar keine Einfuhrzölle mehr erhoben, informierte ein Sprecher von CONAGRAB.

## Ex-Gueriller@s entführten Unternehmer

**Guatemala, 27. Juli.** Am 19. Juli befreiten Spezialeinheiten der Polizei den Geschäftsmann Eduardo Montepeque Jacobo, der während acht Tagen entführt war. Bei der Aktion wurden die sechs EntführerInnen festgenommen, von denen fünf ehemalige Mitglieder der URNG sind und einer ein Beamter der Kriminalpolizei von Quetzaltenango ist.

"Wir sind Mitglieder der am 1. Mai gegründeten 'Rebellischen Volksfront', die ins Leben gerufen wurde aus Enttäuschung über den Verlauf des Friedensprozesses" erklärte einer der Verhafteten. Weiter gab er bekannt, dass sie erneut zu den Waffen gegrif-

fen hätten, weil sie als Demobilisierte der URNG keinerlei Unterstützung erfahren hätten.

Die URNG und die Fundacion Guillermo Toriello, zuständig für die soziale Wiedereingliederung der demobilisierten KämpferInnen, distanzieren sich von der Entführung und den EntführerInnen. Pablo Monsanto, Generalsekretär der URNG, erklärte, die Tatsache, dass sie von den Friedensabkommen nicht begünstigt worden seien, legitimiere ihre Tat nicht. Heutzutage gäbe es andere Mittel, um seine Rechte einzufordern, meinte er.

Auch die Mitglieder der Demobilisierten-Kooperative *El Progreso* in

Cuyotenango, der einer der Verhafteten, Felix Ordoño Mejía während einer Zeit angehörte, distanzieren sich von der Entführung. Ordoño Mejía sei im März dieses Jahres aus der Kooperative ausgeschlossen worden, weil er seinen Pflichten als Kooperativemmitglied nicht nachgekommen sei, informierten die Demobilisierten von *El Progreso*. In einem Schreiben forderten sie die Regierung auf, eine seriöse Untersuchung einzuleiten anstatt falsche Gerüchte in Umlauf zu bringen, wie das Innenminister Byron Barrientos getan hat, als er die EntführerInnen als ORPA-Mitglieder bezeichnete.

## Maquila: Drohungen gegen GewerkschafterInnen

**Guatemala, 21. Juli.** ArbeiterInnen, die Mitglieder der erst vor kurzem gegründeten Gewerkschaften SITRACIMA und SITRACHOI der Textilfabriken Cimaltextiles S.A. und Choishis S.A. sind, wurden in Anwesenheit der Fabrikbesitzer brutal angegriffen, geschlagen und bedroht. Die beiden Fabriken gehören zum selben Unternehmen, das insgesamt über 1000 Personen beschäftigt und u.a. für die renommierte Marke Liz Clainborne produziert.

Um etwas gegen die ungerechten und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen zu unternehmen, gründeten die Ar-

beiterInnen, in ihrer grossen Mehrheit Frauen, am 9. Juli dieses Jahres die beiden Gewerkschaften SITRACIMA und SITRACHOI.

Der Angriff auf die MitarbeiterInnen wird von der Gewerkschaftssekretärin, Gloria Córdova, als einen Versuch gedeutet, die Gewerkschaft zu zerschlagen. Zuerst seien alle Gewerkschaftsmitglieder auf dem Fussballplatz der Fabrik zusammengerufen worden, wo sie von einer mit Schlagstöcken und Flaschen bewehrten Menge verprügelt wurden. Die Fabrikbesitzer standen daneben und schauten zu.

Als sie ins Pförtnerhäuschen flüchteten, wurden sie dort von den Angreifern festgehalten und dazu gezwungen, Formulare zu unterschreiben, mit denen sie ihren Austritt aus der Gewerkschaft erklärten. Die ArbeiterInnen fordern die Intervention des Arbeits- und des Sozialministeriums und die Garantierung ihrer Rechte als Menschen und ArbeitnehmerInnen. Einmal mehr machen sie darauf aufmerksam, dass Guatemala die Richtlinien der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) unterzeichnet hat, die das Recht auf gewerkschaftliche Organisation garantieren.